

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

die Spatzen pfeifen es von allen Dächern, ja es stimmt, TTIP liegt im Herbst 2016 auf dem Sterbebett und CETA ist schwer angeschlagen.

Leider steht in keiner Zeitung und ist in keinem Nachrichtenbeitrag zu hören oder zu sehen, warum dies so ist.

Es gibt nur einen Grund warum die Freihandelsabkommen auf der Kippe stehen. Weil es diesseits und jenseits des Atlantiks eine breite, gesellschaftliche Bewegung gibt, die unermüdlich seit Jahren der Stachel im Fleisch der Wirtschaftslobbyisten ist, die nicht nachlässt, eine Bewegung, wie wir sie seit der Friedensbewegung Anfang der 80er Jahre nicht mehr erlebt haben. Ja, TTIP und CETA stehen auf der Kippe, dank eurem breiten Widerstand, lasst uns sie heute umschmeißen.

In den USA sind Clinton und Trump mehr oder weniger dagegen, in Frankreich ist es Holland ein bisschen mehr, und bei uns ist Gabriel inzwischen zumindest gegen TTIP. Aber warum machen gerade diese Politiker jetzt eine Kehrtwende.

Nicht, weil sie plötzlich vom Saulus zum Paulus wurden. Nicht, weil sie endlich eingesehen haben, dass wir Recht haben mit unserer Kritik. Nein, nur weil sie in den nächsten Monaten Wahlen zu Überstehen haben und weil sie wissen, dass gegen euch Wahlen nicht mehr zu gewinnen sind.

Und lassen wir uns nicht hinters Licht führen. Der Plan ist offenkundig: Sie wollen TTIP vorläufig beerdigen, um unserem Widerstand den Wind aus den Segeln zu nehmen und um CETA durchzuboxen. Und dann im nächsten Jahr starten sie einen neuen Anlauf für TTIP.

Nein, was bei dem einen Abkommen schlecht ist kann nicht beim anderen gut sein. Es gibt kein böses TTIP und ein liebes CETA. Beide sind gleich schlecht, beide sind ein Angriff auf unsere Demokratie. Deswegen: Stoppt TTIP und stoppt CETA, jetzt.





Liebe Freundinnen und Freunde,

in diesem Herbst 2016 haben wir eine historische Chance. Zum ersten Mal können wir ein neoliberales Projekt globalen Ausmaßes stoppen, bevor es in Kraft getreten ist. Bisher mussten wir hinterher rennen, die Löcher stopfen, die deregulierte Finanzmärkte gerissen haben. Mussten mit unseren Steuergeldern zahlen für die Auswüchse eines globalen Kapitalismus.

Wenn es uns diesmal gelingt, die Notbremse zu ziehen, bevor der Karren im Dreck gelandet ist, ist das ein Quantensprung für den gesellschaftlichen Widerstand gegen eine Handelspolitik, eine globale Politik, die von Unternehmen und Konzernen diktiert wird.

Auch darum geht es heute: Wird Politik nur noch für die gemacht, die die beste Lobbyarbeit machen können. Oder wieder für alle Menschen.

Wird eine Politik gemacht, die die Gewinne weniger Konzerne erhöht oder von der alle gleichermaßen profitieren.

Wir wollen, dass im 21. Jahrhundert endlich wieder der Mensch im Mittelpunkt der Politik steht, egal auf welchem Kontinent er lebt!

Noch nie mussten so viele Menschen fliehen, vor Armut und Krieg, noch nie war der Reichtum global so grotesk ungerecht verteilt wie heute.

Die reichsten 62 Menschen besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der Menschheit, das reichste Prozent besitzt mehr als alle anderen Menschen zusammen. Das ist unvorstellbar.

Und TTIP und CETA forcieren diese Verteilung anstatt endlich umzusteuern. Die globalen Probleme, die uns den letzten zwölf Monaten unwiderruflich erreicht haben, lassen sich nur mit mehr Gerechtigkeit, mit mehr Solidarität lösen.

Dafür stehen wir heute hier in Berlin, in Frankfurt, in Hamburg, in Köln, in Leipzig, in München, dafür steht ihr heute hier in Stuttgart.

Liebe Freundinnen und Freunde,

was mich, was uns Gewerkschaften, mit am meisten umtreibt bei den Freihandelsabkommen, ist:

Wir wollen keine privilegierte Paralleljustiz für Unternehmen. In Europa und in Nordamerika, gibt es selbstverständlich eine entwickelte und funktionierende und verlässliche Justiz. Konzerne und Unternehmen, die sich Millionenhonorare für die besten Anwaltskanzleien leisten können, sind dort ohnehin im Vorteil. Das wissen wir alle.

Es ist eine unerträgliche Vorstellung, wenn bezahlt und finanziert von Unternehmen und Konzernen eine zweite Gerichtssäule als Standard eingerichtet wird, vorbei an allem was wir bisher haben, ohne Transparenz, ohne die üblichen Rechtswege.

Nur um Staaten und damit uns Steuerzahler verklagen zu können auf entgangenen Gewinn, weil sich politische Rahmenbedingungen geändert haben.



Und da ist es mir egal, in welcher Rechtsform diese Paralleljustiz organisiert wird, rein privat oder pseudo-öffentlich-rechtlich. Wir brauchen keine Sonderrechte für die, die es sich leisten können. Das ist das Ende vom Rechtsstaat, liebe Freundinnen und Freunde. Wir haben ein anderes Verständnis von Demokratie!

Am Ende wird aus Angst vor Klagen sinnvolle Politik im Interesse der Mehrheit der Menschen unterlassen. Das hat unabsehbare Auswirkungen zum Beispiel auf den Gesundheitsbereich, auf kommunale Unternehmen, das Tariftreuegesetz, Arbeitsnormen sowie auf die Kultur- und Medienpolitik.

Wir kämpfen im Gesundheitsbereich für eine bessere Personalausstattung im Pflegebereich. Dies ist dringend nötig, damit es den Menschen dort, den Patienten und den Beschäftigten besser geht.

CETA könnte dabei wie ein Torpedo wirken. Wir wollen nicht, dass ein Gesundheitskonzern wie Fresenius mit über 30 Prozent nordamerikanischem Kapital auf die Zahlung von Millionen Steuergeldern klagt, weil ein demokratisch beschlossenes Gesetz über die notwendige Personalausstattung im Gesundheitsbereich die Gewinnerwartung des Konzerns schmälert.

Für uns ist Gesundheit keine Ware, sondern ein Menschenrecht!

Das Verrückteste an den geplanten Regelungen ist. Werden die Abkommen so umgesetzt, sind einheimische Produzenten klar im Nachteil. Ihre ausländischen Konkurrenten können auf entgangenen Gewinn klagen, sie nicht.

Dieses System der Rechtsprechung ist nicht nur ein dramatischer Eingriff in die zukünftige Autonomie politischer Entscheidungen, es schwächt auch noch die heimische Wirtschaft und nützt nur global agierenden Konzernen, die so dies und jenseits des Atlantik ihre Gewinne steigern können, auf Kosten der Steuerzahler.

Das hat übrigens die deutsche Wirtschaft im Frühsommer auch endlich gemerkt. Die sofort erhobene Forderung: Aus Gerechtigkeitsgründen müssen die privaten Wirtschaftsgerichte auch innerhalb Deutschlands Standard werden.

Wenn sie das dann als Folge von TTIP und CETA umgesetzt haben, haben sie ihr Ziel erreicht. Wirtschaft findet dann außerhalb unseres Rechtssystem nach eigenen Regeln statt. Dem gilt es einen Riegel vorzuschieben, endgültig.

Liebe Freundinnen und Freunde,

ein Kernelement der sozialen Marktwirtschaft war und ist, dass nicht alles dem Markt unterworfen wird. Dieses Land ist hervorragend damit gefahren, eine breite und gut funktionierende öffentliche Daseinsvorsorge zu gewährleisten. Die Privatisierungsangriffe in den letzten zwei Jahrzehnten waren zahlreich, leider waren etliche auch erfolgreich: im Nahverkehr, bei Kliniken oder in der Altersvorsorge.



Die Folge:

Mehr Druck für die Beschäftigten, oft niedriger Lohn und oft schlechtere öffentliche Dienstleistungen!

TTIP aber eben auch CETA sind das nächste Einfallstor für Privatisierungen des öffentlichen Dienstes, ein dann sperrangelweit offenes Tor.

Das sagen übrigens nicht nur wir, das ergab auch ein Gutachten im Namen der baden-württembergischen Landesregierung, das sogenannte Nettesheim-Gutachten! Dort wird bestätigt, dass mit CETA weitere Privatisierungen in der Daseinsvorsorge drohen.

Der Knaller: Die alte Landesregierung, sichtlich bemüht den Vorwurf der fehlenden Transparenz bei den Freihandelsabkommen zu entkräften, hatte letztes Jahr extra einen Beirat eingerichtet, besetzt auch mit vielen Organisationen, die heute hier zum Protest aufgerufen haben.

Sobald es aber kritisch wird, hört die Transparenz auf: Das Gutachten wurde dem Beirat regelrecht verheimlicht. Transparenz und Bürgernähe, liebe Freundinnen und Freunde, sieht anders aus!

Aber wichtiger ist der Inhalt des Gutachten: Wenn sich die Landesregierung an ihr eigenes Gutachten hält, dann gibt es nur eine Konsequenz: Nein im Bundesrat zu CETA, wenn es dort zur Abstimmung steht.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

weltweiter Handel, globale Marktwirtschaft sorgen nicht von alleine für Gerechtigkeit. Entscheidend für wirtschaftlichen Erfolg ist immer der Preis der Produkte. Und wer bei den Beschäftigten mehr spart, sie mehr ausbeutet, der kann billiger sein. Das ist keine neue Erkenntnis, das wissen wir schon immer.

Deshalb wurde bereits 1919, vor fast hundert Jahren, die Internationale Arbeitsorganisation ILO gegründet. Die Grundidee damals: Eine friedliche Welt kann nur auf sozialer Gerechtigkeit aufgebaut werden.

Seit dem zweiten Weltkrieg ist die ILO eine Organisation der Vereinten Nationen mit Sitz in Genf. Um zu definieren, was gute Arbeits- und Lebensbedingungen ausmacht, hat die ILO über Jahrzehnte ein Regelwerk erarbeitet. Herzstück sind die sogenannten Kernarbeitsnormen. Sie definieren grundlegende Rechte, die allen Beschäftigten zustehen sollen. Darunter sind:

Beseitigung der Zwangsarbeit

Vereinigungsrecht und Recht zu Kollektivverhandlungen

Gleichheit des Entgelts

Diskriminierungsverbot

Verbot und Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit



Die USA drücken sich davor, diese Normen zu ratifizieren, Sie haben sechs der acht Kernnormen nicht unterschrieben - obwohl die meisten schon vor Jahrzehnten beschlossen wurden. Darunter sind auch Regelungen, die elementare Arbeitnehmerrechte garantieren, wie etwa die Bildung von Gewerkschaften.

Für die deutschen Gewerkschaften ist die Ratifizierung dieser Normen eine Grundvoraussetzung für die Weiterentwicklung der Handelsbeziehungen mit den USA. Wir wollen nicht, dass Unternehmen oder Staaten Wettbewerbsvorteile haben, die grundlegende Arbeitnehmerrechte nicht akzeptieren.

Zum Schluss, liebe Freundinnen und Freunde,

verkauft werden uns die Freihandelsabkommen mit einem Wachstumsversprechen von 0,5 Prozent in zehn Jahren, das sind 0,05 Prozent pro Jahr.

Dass der erste Weihnachtsfeiertag und Neujahr dieses Jahr auf einen Sonntag fallen, hat erheblich mehr Einfluss auf unser Bruttosozialprodukt.

Und es gibt kein Risiko, die Abkommen fallen zu lassen. Nichts wird passieren, nichts bricht zusammen, es bleibt einfach alles so wie es ist.

Nein, ich sehe Gefahren ohne Ende bei minimalen Chancen, ich sehe Nachteile für Millionen Bürgerinnen und Bürger nur für noch mehr Profit für global agierende Konzerne.

Deshalb sage ich heute hier für ver.di, deshalb sagt der DGB, deshalb sagen die Gewerkschaften hier und in anderen Teilen der Welt.

Stoppt TTIP, stoppt CETA, stoppt die Abkommen jetzt!

